

PROTOKOLL

Sanierungsbeirat Südliches Reiherstiegviertel

75. Sitzung in der AWO-Altentagesstätte

Sitzung am 24.04.2014

Beginn: 18:10 Uhr

Ende: 21:40 Uhr

1. Protokoll und Tagesordnung

Das Protokoll wird ohne Anmerkungen verabschiedet.

Ergänzungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

2. Etablierung einer Zwischennutzung auf dem Sportplatz Heinrich-Gross-Straße

Herr Winter, Abteilungsleiter der Abteilung für Sportangelegenheiten beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, die zuständig ist für die Verwaltung der 29 bezirklichen Sportanlagen, berichtet zum Sachstand der Etablierung einer Zwischennutzung auf der Sportplatzfläche an der Heinrich-Gross-Straße. Demnach habe seitens der Sportvereine in den letzten Jahren das Interesse an der Nutzung der Sportanlage nachgelassen. Zuletzt habe der 1. Frauenfußballclub (FCC) den Platz genutzt, der von einer weiteren Bespielung der Anlage aufgrund der mangelnden Wegebeleuchtungssituation abgesehen habe und zum Sportplatz in der Rotenhäuser Straße umgezogen sei. Seit 2010 sei daher der Sportplatz an der Heinrich-Gross-Straße aus der Bewirtschaftung genommen worden, sodass hier kein regulärer Sportbetrieb mehr stattfindet. Falls es wieder ein gesteigertes Interesse an diesem Platz gibt, werde dieser für die Sportnutzung wieder zur Verfügung stehen.

Im Frühjahr letzten Jahres sei die Buggy Interessengemeinschaft Hamburg e.V. (BIG) mit der Frage an das Bezirksamt Hamburg-Mitte herangetreten, ob im Bezirk geeignete Flächen für eine Rennstrecke für funkferngesteuerte Offroad-Fahrzeuge vorhanden sind. Die Abteilung Sportangelegenheiten habe hierauf den ehemaligen Sportplatz an der Heinrich-Gross-Straße zur Zwischennutzung vorgeschlagen. Um die Anwohner vor Lärmentwicklungen zu schützen, müsse der Verein ein Lärmgutachten einreichen, das allerdings noch nicht vorliegt. Eine Entscheidung zur Platzvergabe stehe daher noch aus.

Herr Bölckow vermutet, dass der Großteil der BIG-Mitglieder mit dem PKW anreise. Er erkundigt sich, ob der Sportplatz mit ausreichend Stellplätzen ausgestattet sei. Dieses wird bestätigt.

Frau Leiste, Waldorfschulinitiative Wilhelmsburg, merkt an, dass die Ganztagschule Fährstraße, in der ab Sommer 2014 ein Schulversuch mit der Einbindung der Waldorfschulpädagogik stattfindet, an den Sportplatz angrenze und die Schule bereits vor längerer Zeit ihr Interesse an der Nutzung des Sportplatzes geäußert habe. Beabsichtigt sei gewesen, den Platz multifunktional umzugestalten und dieses u.a. durch die Akquisition von Drittmitteln zu finanzieren. Die Nutzung als Rennstrecke für ferngesteuerte motorisierte Fahrzeuge würde den Schulbetrieb beeinträchtigen. Das gesamte Lehrerkollegium sei gegen eine solche Nutzung.

Herr Winter merkt hierzu an, dass die Nutzung ab ca. 17.00 Uhr geplant sei, sodass es keine Überschneidungen mit dem Schulbetrieb geben würde. Die angesprochene multifunktionale Schulnutzung sei abgelehnt worden, da der Platz nur für eine Zwischennutzung von maximal fünf Jahren vergeben werde. Allgemein werde davon ausgegangen, dass es durch den geplanten Wohnungsneubau in Wilhelmsburg zu einem Bevölkerungsanstieg kommen wird und auch der Bedarf an Sportnutzungen zunehmen werde. Im Rahmen der Planungen zum Zukunftsbild Elbinseln 2013+ sollen zwei Sportplätze in Wilhelmsburg wegfallen, die durch eine Großsportanlage

ersetzt werden sollen. Zusätzlich soll die Sportanlage an der Heinrich-Gross-Straße als Reserve erhalten bleiben. Ein Gast merkt an, dass am Sportplatz eine kleine städtische Waldfläche vorhanden sei, die vorletzte Woche zur Hälfte gerodet wurde und zum Verkauf stehe. Hier würde die Vogelart Nachtigall brüten. Es wird sich nach den Gründen der Rodung erkundigt.

Hierzu liegen keine Kenntnisse vor.

Ein weiterer Gast, dessen Kind demnächst die Schule Fährstraße besuchen wird, kritisiert den Umgang mit Freiflächen. Die Wilhelmsburger bräuchten solche Freiflächen, da durch die Projekte der IBA und weitere Bauvorhaben bereits viele Freiflächen verloren gegangen seien. Es bestehe im Stadtteil ein Bedarf an unbebauten Freiflächen. Motorbetriebene Offroad-Fahrzeuge seien eine große Lärmbelästigung. Der Sportplatz müsse für die Schulnutzung zur Verfügung stehen. In einem Sanierungsgebiet sollten in erster Linie die Interessen der Bewohner berücksichtigt werden und bei neuen Projekten die Frage nach dem Bedarf des Stadtteils im Vordergrund stehen. Es wird sich darüber informiert, wann die Schule über die geplante Zwischennutzung informiert worden sei.

Die angrenzende Schule, so Herr Winter, werde eingebunden, wenn es zu Vertragsverhandlungen komme. Der Sportplatz sei keine Schulsportanlage, sondern eine Anlage, die dem Amateursport von Vereinen zur Verfügung stehe, die dem Hamburger Sportbund angehören. Grundsätzlich müsse aber zwischen Vereins- und Schulsport kein Konflikt bestehen, da auch Schulen die Möglichkeit gegeben werden soll, Vereinssportanlagen zu nutzen.

Eine Anwohnerin, die wenige Meter Luftlinie entfernt im 4. Stock eines Wohnhauses lebt, merkt an, dass durch den Betrieb der ferngesteuerten Fahrzeuge ein schriller Lärm entstehe, der nach oben ausstrahlen werde. Bereits jetzt sei die Wohnqualität durch den Lärm der Hafenrandstraße stark beeinträchtigt. Die beantragte Nutzung sei auch für den nahegelegenen Betrieb des Cafés Pause in der Honigfabrik nachteilig.

Herr Timmermann bestätigt als Anwohner den hohen Lärmpegel im Stadtteil, der vielfach festgestellt worden sei. Er bestreitet mit Verweis auf die Webseite der BIG die von Herrn Winter angeführten Nutzungszeiten des Vereins. Er berichtet zudem, dass ein motorisiertes ferngesteuertes Offroad-Fahrzeug einen Lärmpegel von bis zu 80 dB(A) ausstrahlen würde, was eine erhebliche Beschallung der Anwohner bedeuten würde. Eine solche Nutzung würde nicht den Bedürfnissen des Stadtteils entsprechen.

Auf die Kritik aus den Reihen der Gäste antwortet Herr Winter, dass noch keine Entscheidung gefallen sei. Jeder eingegangene Nutzungsantrag werde geprüft. Die Abteilung Sportangelegenheiten wolle keine Konflikte zwischen Anwohnern und Nutzern. Es wird nochmals darauf verwiesen, dass gemäß Auflage des Regionalausschusses Wilhelmsburg/Veddel ein Lärmgutachten zum Schutz der Anwohner angefordert worden sei, das bisher nicht eingereicht wurde. Ohne Vorlage dieses Gutachtens werde es keine Vertragsverhandlungen mit den Antragstellern geben.

Ein Gast begrüßt den Alternativvorschlag einer multifunktionalen Nutzung des Sportplatzes. Er plädiert für eine Vermischung von Schul- und Stadtteilnutzungen. Es sollten Räume entstehen, wo gemeinsame Ideen verwirklicht werden könnten.

Herr Klein von der Waldorfschulinitiative Wilhelmsburg berichtet, dass er im letzten Jahr Herrn Winter das Multifunktionsnutzungskonzept vorgestellt habe. Über die Entscheidung, dass der Platz nicht für eine langfristige Nutzung freigegeben werde, wurde die Waldorfschulinitiative nicht in Kenntnis gesetzt. Nach Bekanntwerden der beabsichtigten Nutzung der Sportplatzanlage durch die BIG habe sich eine Initiative gebildet, die im Stadtteil innerhalb von vier Tagen bereits 300 Unterschriften gesammelt habe, um eine andere Nutzung einzufordern. Dieses zeige, dass es im Stadtteil ein großes Interesse an der vielfältigen Nutzung des Sportplatzes gebe. Auf Nachfrage von Frau Lindemann erwidert Herr Klein, dass das Konzept der multifunktionalen Nutzung sich auch im Rahmen einer Zwischennutzung umsetzen ließe.

Zum weiteren Vorgehen schlägt Herr Winter vor, dass die Leitung der Schule Fährstraße mit der Abteilung Sportangelegenheiten in Kontakt trete, um einen entsprechenden Antrag auf eine Zwischennutzung zu stellen. Die Einbeziehung der Schulbehörde sei nur dann sinnvoll, wenn es um den Ankauf von Sportflächen ginge. Frau Hellenbach ergänzt, dass die Schulbehörde auch einbe-

zogen werden könnte, wenn es um die Finanzierung von schulischen Nutzungen gehe. Hierüber liegen Herrn Winter keine Kenntnisse vor.

Herr von Prondzinski unterstützt die Beschwerden aus dem Publikum. Eine solche Nutzung an einer ohnehin schon lärmbelasteten Gegend sei nicht zumutbar. Er zweifelt aus seiner Erfahrung die Glaubwürdigkeit von Gutachten an und bemerkt, dass die angesprochene Rodung der Waldfläche nach den Naturschutzbestimmungen vermutlich nicht genehmigt sei.

Herr Niehuis merkt in der Diskussion an, dass nicht die Behörde, sondern die Buggy-Interessengemeinschaft initiativ gewesen sei, um die Sportfläche zu nutzen.

Frau Klein merkt an, dass ihr als Mitglied im Regionalausschuss Wilhelmsburg / Veddel der Antrag des Vereins BIG mit der Nutzung der Sportanlage in der Heinrich-Gross-Straße vorgelegt worden sei. Der Regionalausschuss habe daraufhin einer Nutzung unter der Voraussetzung zugestimmt, dass ein Lärmgutachten vorgelegt werde, aus dem hervorgeht, dass es nicht zu einer Beeinträchtigung der Anwohner kommt. Nach ihrer Einschätzung werde es nicht zu Vertragsverhandlungen mit der BIG kommen.

Sie verweist zudem auf das Bürgerbeteiligungsverfahren „Perspektiven!“, deren Beteiligte am 10. Mai ab 14.00 Uhr zu einer großen Präsentationsfeier des Abschlussberichtes einladen. Hier habe es auch eine Gruppe zu dem Themenfeld Sport gegeben, die über das alternative Konzept informiert werden sollten, um gemeinsam etwas zu entwickeln.

Herr Bölckow spricht sich dafür aus, dass die gewünschte Nutzung der Schule Fährstraße favorisiert werden sollte. Herr Schaller schließt sich dem an. Sinnvoll sei eine zukünftige Nutzung, die sowohl der Schule als auch dem Stadtteil diene. Hierfür, das habe die Sitzung gezeigt, sei ein großer Bedarf vorhanden.

Herr Winter ergänzt auf Nachfrage, dass auch mit einer Nutzung durch die BIG eine weitere Nutzung durch den Schulsport gewährleistet sei. Das Gelände umfasse 10.000 m², sodass sich beide Nutzungen nicht ausschließen müssten, wenn es keine zeitlichen Überschneidungen gäbe.

Herr Marschall merkt an, dass es schwierig sei, die Nutzung der BIG nicht als Stadtteilnutzung zu bezeichnen, da die Herkunft der Mitglieder unklar sei. Es bleibe auch die Frage, ob eine schulische Nutzung auch einem Lärmgutachten nicht standhalten würde.

Herr v. Prondzinski und Herr Flecke schlagen vor, grundsätzlich eine motorisierte Nutzung des Sportplatzes abzulehnen und eine schulische Nutzung zu bevorzugen.

Es wird über folgende Empfehlung abgestimmt:

In der Diskussion um die zukünftige Zwischennutzung der Sportplatzanlage an der Heinrich-Gross-Straße spricht sich der Sanierungsbeirat dafür aus, die Sportanlage bevorzugt für schulische Nutzung, wie sie die Waldorfschulinitiative Wilhelmsburg mit ihrem multifunktionalen Ansatz vorgestellt hatte, zur Verfügung zu stellen und zum Schutz der Anwohner hier motorsportliche Nutzungen auszuschließen.

Der Sanierungsbeirat hat bei 14 stimmberechtigten Mitgliedern mit 14 Ja-Stimmen dem Beschluss zugestimmt.

Votum der Vertreter der Parteien: 3 Ja-Stimmen (CDU, DIE LINKE, Grüne)

Votum der Gäste: 18 Ja-Stimmen, keine Gegenstimmen und 8 Enthaltungen

3. Zuwanderung von Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten aus Bulgarien in das Reiherstiegviertel: Diskussion der Handlungsempfehlungen der gleichlautenden Expertise und Bericht zur medizinischen Migrantenberatung im „westend“

Handlungsempfehlungen

Im Vorwege informiert Frau Hellenbach, dass das Thema bulgarische Zuwanderung in das Reiherstiegviertel nochmals im Beirat aufgerufen wird, da bei der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) unter der Bezeichnung „Management der Freizügigkeit“ eine Lenkungsgruppe eingerichtet worden sei, die sich mit der Migration aus Osteuropa und den damit zusam-

menhängenden Problemlagen befasse. Ziel sei es, die in der Expertise genannten Handlungsempfehlungen zuzüglich weiterer Anregungen aus dem Beirat in den Diskussionsprozess der Lenkungsgruppe einzubringen, der spätestens im Januar 2015 beendet werden soll.

Herr Penning stellt die wesentlichen Inhalte der Expertise kurz dar. Anlass der Untersuchung sei der erhöhte Zuzug aus Bulgarien in das Reiherstiegviertel gewesen, der u.a. mit der türkischen Sprachfähigkeit der zugewanderten türkischen Minderheit aus Bulgarien zu erklären ist. Insgesamt sei die Zuwanderung in den letzten Jahren angestiegen. Ende 2013 lebten ca. 3.000 Personen aus Bulgarien in Hamburg, hiervon schätzungsweise die Hälfte im Bezirk Hamburg-Mitte und hiervon wiederum ca. die Hälfte im Stadtteil Wilhelmsburg. Die Zuwanderung sei geprägt von einer hohen Mobilität, die vermuten lässt, dass sich ein großer Teil der Migranten aus Bulgarien nur temporär in Wilhelmsburg aufhält. Ein Teil der Zuwanderer aus Bulgarien befinde sich bzgl. Wohn-, Arbeits- und Gesundheitssituation in prekären Lebenslagen (s. Expertise).

Die Frage, ob mit der Zuwanderung eine gravierende Störung des sozialen Friedens im Zusammenleben der Menschen aufgetreten ist, könne bisher verneint werden. Wohl aber gebe es Nachbarschaftsbeschwerden bzgl. Vermüllungs- und Lärmproblematiken, die den defizitären Wohnverhältnissen zuzuschreiben sind. Außerdem gebe es Hinweise insbesondere von Bevölkerungsteilen aus dem nördlichen Reiherstiegviertel, die sich in ihrer subjektiven Sicherheit beeinträchtigt fühlen.

Es werden Handlungsempfehlungen zu den Themen Wohnen, Gesundheit, Bildung, Beratung und Kommunikation bzw. Kultur vorgestellt (s.u.) und zur Diskussion gestellt.

Nach der Vorstellung meldet sich Herr Schenk und weist darauf hin, dass mit der Tafel im Deichhaus eine wichtige Stadteinrichtung in der Untersuchung nicht berücksichtigt worden sei. Diese würde inzwischen zu drei Vierteln von Gästen aus Bulgarien aufgesucht. Hierdurch habe eine Verdrängung insbesondere ansässiger älterer Besucher der Tafel stattgefunden, die inzwischen zu anderen Lebensmittelausgabestellen ausgewichen seien.

Das Beiratsmitglied schlägt des Weiteren vor, eine Art „Wohnungsoffensive“ zu initiieren, in der die verschiedenen Grundeigentümer sich der Wohnungsproblematik dieser Zielgruppe annehmen, aber auch institutionelle Hilfen gestellt bekommen, um Nachbarschaftskonflikte zu unterbinden und ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Wünschenswert wäre des Weiteren, ggf. in Kooperation mit den Moscheen oder dem Türkischen Elternbund, ein Sprachangebot in der Nähe des Stübenplatzes zu schaffen.

Die AIW stelle sich gerne zur Verfügung, wenn es darum geht, Lösungen zu erarbeiten. Hinsichtlich der Finanzierungsmöglichkeiten schlägt Herr Schenk vor, die Wirtschaft bzw. die Handwerkskammer einzubinden, da diese von der Zuwanderung profitiere und zugleich ein Interesse habe, Problemlagen zu unterbinden.

Herr Flecke merkt an, dass es eine Pflicht der Zuwanderer sein sollte, die Sprache der Aufnahmegesellschaft zu lernen, um einen Anschluss zu finden. Dieses sei in Norwegen eine gängige Praxis.

Herr v. Prondzinski informiert sich nach den Finanzierungsmöglichkeiten zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen. Hinsichtlich der dargestellten Problemlagen sei des Weiteren die Missachtung des Arbeitsrechts mit aufzuführen.

Hinsichtlich der Finanzierung merkt Frau Hellenbach an, dass es zunächst die Möglichkeit gibt, die Empfehlungen in den behördlichen Diskussionsprozess einzubringen. Inwieweit es zu einer finanziellen Ausstattung der zur Diskussion gestellten Empfehlungen (s.u.) kommt, kann bisher noch nicht abgeschätzt werden. Herr Siebert ergänzt, dass das von Bund und Ländern bereitgestellte Stadtentwicklungsprogramm Soziale Stadt aufgestockt worden sei. Bereits 2014 sollen schwerpunktmäßig Kommunen unterstützt werden, die von den Auswirkungen der Zuwanderung und den damit verbundenen Problemlagen besonders betroffen sind.

Herr Schaller merkt an, dass nicht nur bulgarische Migranten von prekären Lebenssituationen betroffen seien, sondern auch andere Bevölkerungsgruppen. Die angedachten Unterstützungsangebote sollten daher allen Bedürftigen offen stehen.

Herr Henatsch berichtet, dass die Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg e.V. (AIW) bereits überlegt habe, das Deichhaus für bulgarische Migranten für (Nachbarschafts-)Feste oder andere Veranstaltungen zu öffnen, da die Einrichtung für viele Bulgaren bereits bekannt sei. Ziel sollte es sein, die Selbsthilfe und Selbstorganisation zu fördern.

Herr Winter, Leiter der Beratungsstelle von Arbeit und Leben Hamburg (AuL) für mobile europäische Arbeitnehmer, berichtet, dass AuL ab Mai 2014 jeweils am Dienstag eine arbeitsrechtliche Beratung im Jobcenter Wilhelmsburg anbieten werde.

Herr Gomolzig, Leiter des Hauses der Jugend Wilhelmsburg (HdJ), befürwortet das Ziel der Ausweitung des kulturspezifischen Angebots für bulgarische Jugendliche, gibt aber zu bedenken, dass das HdJ bereits personell an seine Grenzen stoße und ohne eine bessere personelle und sachliche Ausstattung keine Angebotserweiterung leisten könnte.

Inzwischen würden bereits eine Anzahl von Kindern und Jugendlichen aus Bulgarien das HdJ aufsuchen. Anmerken möchte Herr Gomolzig, dass das Zusammenleben der Kulturen im Stadtteil nicht so friedlich sei, wie oftmals dargestellt. Es gäbe große Spannungen zwischen den Kulturkreisen der Türken und der Bulgaren. Fast täglich gäbe es im HdJ kleinere Reibereien, sodass teilweise bulgarische Kinder und Jugendliche geschützt werden müssten.

Herr Günaytekin weist darauf hin, dass bzgl. seiner Äußerungen in der letzten Beiratssitzung nicht beabsichtigt war, sich von Bulgaren abzugrenzen. Vielmehr wollte er darauf verweisen, dass ein Großteil der hier lebenden Bulgaren über türkische Sprachfähigkeiten verfügen und daher die Einbindung türkischer Einrichtungen sinnvoll sei. Er merkt an, dass es für die Bulgaren nicht so leicht sei, deutsch zu lernen, da sie oftmals türkische Arbeitgeber hätten und über wenig Kontakte zu Deutschen verfügten. Das Beiratsmitglied bietet sich an, für das geplante bulgarische Fest bei der Vermittlung behilflich zu sein, um die Zielgruppe zu erreichen.

Herr Eich schlägt vor, die Förderung des Spracherwerbs stärker zu betonen. Es fehle an ausreichenden Kapazitäten für Sprachkurse, da u.a. das Bundesamt für Migration finanzielle Mittel hierfür abgesenkt habe. Auch die Internationalen Vorbereitungsklassen sollten verstärkt werden. Oftmals sei es so, dass mit diesen zwar das Ziel verbunden sei, nach einem Jahr über ausreichende Deutschkenntnisse zu verfügen. In der Praxis seien diese jedoch beim Eintritt in die Regelschule ungenügend. Es müsste sichergestellt sein, dass ein Mindestniveau erreicht werde, bevor die migrantischen Schüler auf die regulären Schulen verteilt werden. Schüler mit mangelnden Deutschkenntnissen und der Ansatz einer inklusiven Schule führe mit den bisherigen schulischen Ressourcen zu einem Chaos.

Es wird über folgende Empfehlung abgestimmt:

Der Stadtteil Wilhelmsburg erbringt bereits seit vielen Jahrzehnten eine große Integrationsleistung. Mit der angestiegenen Zuwanderung, insbesondere aus Bulgarien, steht der Stadtteil am Rande seiner Möglichkeiten. Um die mit der Zuwanderung verbundenen Problemlagen zu kompensieren, ein friedliches Zusammenleben aller Menschen zu ermöglichen, einen funktionierenden Stadtteil zu erhalten, eine Abwanderung von Bevölkerungsgruppen zu vermeiden und zukünftige Folgekosten zu reduzieren befürwortet der Sanierungsbeirat die folgenden Handlungsempfehlungen und bittet darum, hierfür ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Wohnen:

- *Eröffnung der Möglichkeit des Ankaufs von Belegungsbindungen im Wohnungsbestand durch Ausweitung der Zielgruppen des bestehenden Programms der Investitions- und Förderbank Hamburg zur Förderung der Wohnungsversorgung von Personen mit besonderen Marktzugangsschwierigkeiten.*

Gesundheit:

- *Ausbau des medizinischen Erstversorgungsangebots beim Träger „westend“ mit dem Ziel der Professionalisierung der Angebotsstrukturen, z. B. durch die Absicherung der Tätigkeit eines Hausarztes auf Basis einer Aufwandsentschädigung und die Finanzierung der Sachkosten.*

Bildung:

- *Erhöhung des Angebots an Internationalen Vorbereitungsklassen (3 + 4 Klasse) an den Grundschulen Fährstraße und Rotenhäuser Damm.*
- *Stärkung des Sprachförderungsangebots für Bulgaren (Jugendliche und Erwachsene) zur Erlernung der deutschen Sprache, z. B. bei der BI Beruf und Integration Elbinseln gGmbH, der VHS im Sprach- und Bewegungszentrum oder im Deichhaus der Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg.*
- *Unterstützung des Projektes „Sprachbrücke Hamburg“.*

Beratung:

- *Ausweitung des muttersprachlichen Beratungs- und Informationsangebots in den Themenbereichen Wohnen, Arbeit, Gesundheit, Bildung, Spracherwerb im Umfang einer halben Stelle, z. B. angesiedelt bei der BI Beruf und Integration Elbinseln gGmbH.*
- *Verstärkung der aufsuchenden Sozialarbeit in Brennpunktbereichen zur Orientierung auf die Inanspruchnahme niedrigschwelliger Hilfsangebote.*
- *Herausgabe eines Wegweisers zu den Beratungsstellen, behördlichen Dienststellen und Stadtteileinrichtungen.*

Kommunikation/Kultur:

- *Schaffung von Strukturen zur Durchführung kultureller Aktivitäten, zum Austausch untereinander und zur Stärkung der Selbsthilfe und Selbstorganisation.*
- *Unterstützung bei der Durchführung von Nachbarschaftsfesten.*
- *Erweiterung der kulturspezifischen Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche aus Bulgarien, z. B. im Haus der Jugend Wilhelmsburg.*

Der Sanierungsbeirat hat bei 14 stimmberechtigten Mitgliedern mit 13 Ja-Stimmen, keinen Gegenstimmen und 1 Enthaltung dem Beschluss zugestimmt.

Votum der Vertreter der Parteien: 3 Ja-Stimmen (CDU, DIE LINKE, Grüne).

Votum der Gäste: 18 Ja-Stimmen, keine Gegenstimmen und 4 Enthaltungen.

Es wird abschließend eine aktualisierte Liste von Hilfseinrichtungen mit Unterstützungsangeboten für osteuropäische Migranten weitergereicht.

Medizinische Migrantenberatung

Frau Stello, Leiterin des Nachbarschaftstreffs westend im Vogelhüttendeich, stellt die medizinische Migrantenberatung für Menschen ohne Krankenversicherung vor. Dieses Beratungsangebot existiert seit drei Jahren und findet jeden Dienstag ab 9.00 Uhr im westend statt. Im vergangenen Jahr hätten 200 Patienten die Sprechstunde aufgesucht. Zurzeit kämen durchschnittlich ca. 20 Patienten je Sprechstunde. Der Anteil der Bulgaren mache inzwischen 90 Prozent der Patienten aus. Aufgrund des Andrangs arbeiteten inzwischen drei ehrenamtliche Ärzte sowie mehrere Dolmetscher und Assistenten in einem Zweischichtensystem.

Der Großteil der bulgarischen Zuwanderer gelinge der Eintritt in reguläre Beschäftigungsverhältnisse, um in der Aufnahmegesellschaft anzukommen. Schätzungsweise 10 bis 20 Prozent der zugewanderten bulgarischen Migranten würden sich jedoch in prekären Lebensverhältnissen befinden. Dieser Teil sei in Deutschland zumeist nicht krankenversichert, weil hierzu die Mittel fehlten. Ein Großteil dieser Bulgaren war bereits im Herkunftsland nicht versichert. Falls eine Krankenversicherung in Bulgarien bestehe, dann sind die Zuwanderer i.d.R. über die Europe Insurance Health Card (EIHC) abgesichert, die allerdings nur einen Versicherungsschutz für kurzfristige Aufenthalte im Ausland und bei akuten Beschwerden ermögliche. Bei langfristigen Aufenthalten in Deutschland sei eine Mitgliedschaft in einer deutschen Krankenversicherung erforderlich, deren Beiträge z. B. in einem selbstständigen Beschäftigungsverhältnis aufgrund der unregelmäßigen und oftmals geringen Einkünfte nicht entrichtet werden könnten. Um diese Problemlage aufzufangen, gebe es die medizinische Migrantenberatung im Nachbarschaftstreff westend und in anderen Einrichtungen in Hamburg.

Hinsichtlich der Sprachkenntnisse merkt Frau Stello an, dass die schwierigen Wohn- und Arbeitsverhältnisse oftmals die Versuche behindern, die deutsche Sprache zu erlernen. Wer z. B. in beengten Wohnverhältnissen lebt, dem fehlten die geeigneten Voraussetzungen, um sich eine andere Sprache anzueignen.

Auf die Frage von Frau Kiesewetter, ob sich dieses medizinische Angebot nur an Migranten oder auch an alle anderen Bevölkerungsgruppen richte, wird erwidert, dass alle Personen unabhängig der Nationalität, die ohne Krankenversicherungsschutz seien, behandelt würden. Da für Deutsche i.d.R. eine Krankenversicherungspflicht gilt, würden diese nur in Einzelfällen die Sprechstunden aufsuchen.

Herr Bölckow sieht die Krankenversicherungspflicht als eine soziale Errungenschaft, die nicht aufgeweicht werden sollte. Ziel sollte es daher sein, dafür zu sorgen, dass die Migranten einer Versi-

cherung beitreten, z. B. durch die Ermittlung von Firmen, die Personen illegal ohne Krankenversicherung bei sich arbeiten lassen.

Herr Winter äußert hierauf, dass dieses zu den Aufgaben der Beratungsstelle von AuL gehöre. Durch zahlreiche Beratungsgespräche würden solche Firmen ermittelt und u.a. ausstehender Lohn eingefordert werden. AuL schalte bei Bedarf auch den Zoll, Abt. Finanzkontrolle, ein, um Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit zu bekämpfen. Hierbei würden auch Bußgelder verhängt werden. Vor Kurzem sei erreicht worden, dass eine für ein bekanntes Hamburger Hotel tätige Reinigungsfirma wegen irregulärer Beschäftigungsverhältnisse ein Bußgeld von 1,1 Millionen Euro zahlen müsse. Problematisch sei, dass mit der Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit Zuwanderer aus Bulgarien oder Rumänien nur als Selbstständige tätig sein konnten. Dieses sei von Arbeitgebern / Auftragnehmern ausgenutzt worden, die sich die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung sparten.

Frau Stello ergänzt, dass seit dem 01.01.2014 mit der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit bulgarische Migranten die Möglichkeit erhalten haben, in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen tätig zu sein. Hierdurch würden sie über den Arbeitgeber krankenversichert sein. Dies sei eine gute Entwicklung.

Herr Eich merkt an, dass von beiden Seiten das Problem angegangen werden müsste: zum einen durch die Einhaltung von regulären Beschäftigungsverhältnissen unter Wahrung des geltenden Arbeits- und Sozialrechts und zum anderen die Sicherstellung der benötigten medizinischen Versorgung von Personen, die bisher noch keinem Versicherungsschutz unterstehen.

Herr Flecke weist darauf hin, dass viele Zuwanderer nicht darauf vorbereitet seien, was auf sie im Zuwanderungsland zukommt. Dieses gelte insbesondere für Personen, die ein selbstständiges Gewerbe anstreben. Es fehle eine Aufklärung für bulgarische Migranten.

Herr Ring bedankt sich für das medizinische Angebot des Nachbarschaftstreffs westend. Es sei ein Grundrecht, dass Menschen, wenn sie krank sind, Hilfe erhalten und es sei gut, wenn diesen auf unbürokratischem Wege geholfen werden kann.

Frau Stello verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Wilhelmsburger Ärzte, die die Patienten unentgeltlich oder gegen einen geringen Betrag weiterbehandeln würden.

4. Verfügungsfonds

Informations- und Kulturveranstaltung für Bulgaren in Wilhelmsburg am 24.05.2014

Frau Stello und Herr Winter stellen den Verfügungsfonds Antrag für eine Informations-, Beratungs- und Kulturveranstaltung für bulgarische Zuwanderer sowie für ein Nachbarschaftsfest vor. Das Fest finde am 24.05.2014, einem bulgarischen Feiertag, auf dem Rotenhäuser Feld statt. Primäres Ziel der Veranstaltung sei es, eingebettet in einen feierlichen Rahmen Zuwanderer an Beratungsangebote heranzuführen, um prekären Lebensverhältnissen entgegenzuwirken. Zusätzlich sollen Begegnungsmöglichkeiten zwischen Bulgaren und den ansässigen Bewohnern geschaffen werden und die Bewohner über das Herkunftsland Bulgarien informiert werden. An der Veranstaltung teilnehmen würden u.a. AuL, die orthodoxe christliche Kirche, die bulgarische Schule in Hamburg und die Bundesagentur für Arbeit, die mit einer Jobvermittlung anwesend sein wird, um bulgarische Migranten vom Stübenplatz wegzubekommen. Aus Wilhelmsburg hätten bisher der Nachbarschaftstreff westend, BI Hamburg Süd, verikom sowie zwei Moscheevereine ihre Teilnahme zugesagt. Die Veranstaltung finde unter der Schirmherrschaft von dem Hamburger Honorarkonsul der Republik Bulgarien Herrn Prof. Dr. Imeyer statt.

Frau Kiesewetter erkundigt sich, wie die Zielgruppe erreicht werden soll. Es werde gezielte Ansprachen in den Beratungseinrichtungen und Flyer geben.

Angesichts der angeführten Mittel für ein Veranstaltungszelt erkundigt sich Herr Flecke, ob dieses gekauft oder gemietet werde. Hierauf wird erwidert, dass es sich um ein 10 x 10 Meter großes Zelt mit einem festen Boden handle. Es sei das günstige Angebot gewesen. Der Preis beinhalte den Auf- und Abbau sowie den Transport.

Frau Lindemann möchte wissen, ob die Sondermittel der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte bereits bewilligt seien.

Dieses sei noch nicht der Fall. Die Beantragung werde noch im Mai 2014 erfolgen. Darüber hinaus sei beabsichtigt, Spenden für das Fest einzuwerben.

Herr Schenk erkundigt sich nach dem Charakter der Veranstaltung und ob diese nur der „Bespäzung“ der Bulgaren diene. Er vermutet, dass die Hamburger bulgarischen Verbände von sich aus nicht ein solches Fest geplant hätten.

Herr Winter und Frau Stello erwidern, dass das Fest dazu diene, den Kontakt herzustellen. Beratungen und Information stehen im Vordergrund. In die Festvorbereitung seien bulgarische Institutionen stets eingebunden gewesen. Frau Lindemann befürwortet den Antrag und ergänzt, dass ein Fest mit Essen und Trinken eine Methode sei, Menschen zusammenzubringen.

Abstimmung:

Antragsteller: Arbeit und Leben Hamburg e.V.

Projekthalt: Um den sich oftmals in prekären Lebenssituationen befindenden Zuwanderern aus Bulgarien in Wilhelmsburg Unterstützungsmöglichkeiten anzubieten, ist geplant, am 24. Mai 2014 auf dem Rotenhäuser Feld eine Informationsveranstaltung auszurichten, auf denen verschiedene Beratungseinrichtungen zu den Themen Arbeitsrecht, Jobvermittlung, Gesundheitsschutz und Wohnungssuche zur Verfügung stehen. Zugleich soll die Veranstaltung dazu dienen, Begegnungsmöglichkeiten mit den hier ansässigen Stadtteileinrichtungen und Bewohnern zu schaffen. Das Ganze wird in ein kleines Kulturprogramm eingebettet. Es werden Mittel beantragt für die Leihgebühren einer Bierzeltsitzgruppe und einer Hüpfburg, eine Gage für eine Musikgruppe sowie für Aufwendungen für Strom, Wasser und Müllentsorgung.

Gesamtkosten: 3.250,00 €

beantragte Summe: 1.100,00 €

Der Sanierungsbeirat hat bei 14 stimmberechtigten Mitgliedern mit 11 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen dem Antrag zugestimmt.

Votum der Vertreter der Parteien: 3 Ja-Stimmen (CDU, DIE LINKE, Grüne)

Votum der Gäste: 15 Ja-Stimmen, keine Gegenstimmen und Enthaltungen

Frau Lindemann bittet im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit um Erwähnung der Förderung durch den Sanierungsbeirat.

Betreuung von Schulkindern im HdJ Wilhelmsburg durch SchülerInnen der Profilklass Bewegung und Gesundheit der Stadtteilschule Wilhelmsburg, Eventdurchführung

Herr Häußler, Lehrer der Stadtteilschule Wilhelmsburg, stellt einen Verfügungsfonds-Antrag der Stadtteilschule Wilhelmsburg vor. Ca. 20 Schüler der Profilklass, die eine schulische Ausbildung zum Sportassistenten abgeschlossen hätten, würden im HdJ Wilhelmsburg an einem Vormittag andere Schüler im Rahmen der Psychomotorik betreuen und könnten hier ihre Fähigkeiten ausüben und erweitern. Als eine besondere Veranstaltung sei in Kooperation mit dem HdJ am 04.07.2014 ein Fußballturnier und Sommerfest geplant. Für die Ausrichtung des Festes und als Zeichen der Anerkennung werden Mittel für die Klassenkasse, Preise und Essen und Getränke beantragt.

Auf Anfragen aus dem Beirat ergänzen Herr Häußler und Herr Gomolzig, dass diese Kooperation mit dem HdJ noch für die Dauer von zwei Jahren fortgesetzt werde. Ein Ziel soll sein, mittelfristig den Schülern im Anschluss einen Honorarjob anbieten zu können.

Abstimmung:

Antragsteller: Oliver Häußler, Lehrer der Stadtteilschule Wilhelmsburg

Projekthalt: Im Rahmen der psychosomatischen Betreuung von Schülern der Profilklass Bewegung und Gesundheit der Stadtteilschule Wilhelmsburg findet in Ko-

operation des HdJ ein Fußballturnier und Sommerfest statt. Es werden Mittel beantragt für die Klassenkasse als ein Zeichen der Wertschätzung der Tätigkeit der Schüler und für Preise und Speisen und Getränke.

Gesamtkosten: 1.000,00 €
beantragte Summe: 500,00 €

Der Sanierungsbeirat hat bei 14 stimmberechtigten Mitgliedern mit 14 Ja-Stimmen dem Antrag zugestimmt.

Votum der Vertreter der Parteien: 3 Ja-Stimmen (CDU, DIE LINKE, Grüne)

Votum der Gäste: 14 Ja-Stimmen, keine Gegenstimme, 1 Enthaltung

Reiherstiegfest am 6. September 2014

Herr Henatsch stellt dem Beirat den Antrag auf Mittel aus dem Verfügungsfonds für das Reiherstiegfest am 6. September 2014 vor. Das nicht-kommerzielle Stadtteilfest, für das die Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg die Trägerschaft übernommen habe, finde bereits zum vierten Mal statt. Es sei das Ziel, möglichst viele Initiativen und Einrichtungen an diesem Tag zusammenzubringen und den Bewohnern bekannt zu machen. Erneut würden als Rahmenprogramm verschiedene Musikgruppen auftreten. Für das Kulturprogramm und die Festausrüstung und –technik werden Mittel benötigt, die nicht durch Spenden abgedeckt werden konnten.

Frau Lindemann erinnert daran, dass der Ausgangspunkt des Reiherstiegsfestes die Einweihungsfeier der mit Städtebaufördermittel umgestalteten Quartiersachse Mannesallee war. Es sei begrüßenswert, dass sich das Fest etabliert habe.

Abstimmung:

Antragsteller: Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg e.V.

Projekthalt: Das Reiherstiegfest hat sich inzwischen zu einer jährlichen Stadtteilveranstaltung entwickelt und findet in diesem Jahr zum vierten Mal statt. Am 6. September 2014 werden sich auf dem Emmaus-Kirchplatz voraussichtlich wieder ca. 30 Stadtteileinrichtungen, Vereine und Initiativen an dem Fest beteiligen. Umrandet wird das Fest mit einem Anwohnerflohmarkt und einem Kulturprogramm. Es werden Mittel benötigt für Öffentlichkeitsarbeit, das Kulturprogramm, Veranstaltungsausrüstung und –technik, Reinigung, Veranstaltungshaftpflichtversicherung und GEMA-Gebühren.

Gesamtkosten: 3.594,32 €
beantragte Summe: 1.474,71 €

Der Sanierungsbeirat hat bei 14 stimmberechtigten Mitgliedern mit 12 Ja-Stimmen, keinen Gegenstimmen und 2 Enthaltungen dem Antrag zugestimmt.

Votum der Vertreter der Parteien: 2 Ja-Stimmen (CDU, Grüne), 1 Enthaltung (DIE LINKE)

Votum der Gäste: 14 Ja-Stimmen, keine Gegenstimmen und Enthaltungen

Herr Schenk bittet darum, sich Gedanken zu machen, wie das Fest verstetigt werden kann, wenn der mit der Organisation des Festes beauftragte Sanierungsträger (ST) nicht mehr vor Ort tätig sein wird.

5. Informationen aus der Sanierung Urinal auf dem Stübenplatz

Auf Empfehlung des Sanierungsbeirates hat das Fachamt Management des öffentlichen Raumes die Reinigung des Urinals durch die passage GmbH ab dem 01.04.2014 auf 2x täglich erhöht. Die zweimalige Reinigung soll zunächst bis zum 31.10.2014 durchgeführt werden. Ob die Reinigung dauerhaft 2x täglich durchgeführt werden kann, hängt davon ab, wie auskömmlich künftig das Budget für den Betrieb der öffentlichen Toiletten ist.

Abriss des ehemaligen UdN-Gebäudes im Rotenhäuser Damm 30

Am 16.04.2014 startete der Abriss des ehemaligen UdN-Gebäudes im Rotenhäuser Damm 30. Der Beginn der Arbeiten habe sich verzögert, weil u.a. eine Abrissstatik vorgelegt werden musste. Das Abbruchunternehmen gehe davon aus, dass die Abrissarbeiten bis Ende Mai andauern werden. Bedingt durch die EU-Förderung werde das HCU-Projekt Universität der Nachbarschaften noch bis Ende 2015 fortgeführt. Bis dahin würden die gesammelten Erkenntnisse und Erfahrungen aufgearbeitet und dokumentiert. Außerdem möchte das Projekt im Rahmen der vorgesehenen Wohnungsneubaumaßnahme Einfluss nehmen auf die weitere Entwicklung des Grundstücks.

Schäden an den Balkonen in der Veringstraße 20 und 26/28

Mitte April 2014 habe der ST die Eigentümer der Gebäude in der Veringstraße 20 und 26/28 über Putz- und Korrosionsschäden an den Balkonen informiert und darum gebeten, die Bauschäden umgehend zu beseitigen, damit keine Personen z.B. durch Abplatzungen zu Schaden kommen. Aufgrund von nieder gegangenen Abplatzungen habe am 24.04.2014 die Feuerwehr mit einem Leiterwagen anrücken und weiteren losen Putz von den Balkonböden abschlagen müssen. Dafür sei die nördliche Veringstraße und der betroffene Gehwegbereich für die Dauer des Feuerwehreinsatzes abgesperrt worden.

Rattenproblematik in der Mannesallee

Aufgrund von Hinweisen aus der KiTa Emmaus auf eine Rattenproblematik im Bereich des Grundstücks Mannesallee 15 habe der ST das Institut für Hygiene und Umwelt eingeschaltet. Die Mitarbeiterin der KiTa Emmaus habe darauf hingewiesen, dass die Ratten vermutlich durch Essensreste und Müll im Bereich der Sitzbank vor dem KiTa-Gelände angelockt würden. Entgegen des Beschlusses des Sanierungsbeirats sei diese Sitzbank noch nicht mit einem Müllbehälter ausgestattet worden. Zu den Gründen werde recherchiert.

Neueröffnung der Post-Partnerfiliale in der Veringstraße 42

Nach der Schließung der Postbank-Filiale in der Veringstraße 42 zum 31.03.2014 und einer zweiwöchigen Umbauphase sei am 15.04.2014 die inhabergeführte Post-Partnerfiliale eröffnet worden. Neben der Ausweitung der Öffnungszeiten um mehr als drei Stunden pro Tag habe der neue Betreiber auch das Dienstleistungsangebot erweitert, indem die Möglichkeit der Paketabholung mit angeboten wird. Demnächst würden noch vonseiten der SAGA GWG Sanierungsarbeiten im Bereich der rückseitigen Laderampe durchgeführt, um die Belieferung der Filiale über die Mannesallee zu erleichtern.

Vorbereitungstreffen Nachbarschaftsfest „Bulgarien in Wilhelmsburg“

Am 23. April 2014 habe ein zweites Vorbereitungstreffen für die am 24. Mai 2014 auf dem Rotenhäuser Feld geplante Informations- und Kulturveranstaltung bzw. dem Nachbarschaftsfest „Bulgarien in Wilhelmsburg“ stattgefunden, auf dem die weitere Beteiligung und Organisation konkretisiert werden konnte. Die Schirmherrschaft wird von Herrn Prof. Dr. Gerd-Winand Imeyer, Honorar Generalkonsul der Republik Bulgarien in Hamburg übernommen. Die Bundesagentur für Arbeit werde mit einem Stand vertreten sein und über das Thema Jobvermittlung informieren. Neben den Beratungseinrichtungen und bulgarischen Institutionen und Organisationen haben auch Stadtteileinrichtungen wie die Fatih und die Muradiye Moschee, der Nachbarschaftstreff westend, der Integrationssträger BI Hamburg Süd, das Haus der Jugend Wilhelmsburg und das Spielhaus / Bauspielplatz Wilhelmsburg ihre Beteiligung zugesagt. Weitere interessierte Einrichtungen, Vereine und Initiativen sind willkommen. Das nächste Vorbereitungstreffen werde am Mittwoch, den 7. Mai 2014 um 15.30 Uhr im Sprach- und Bewegungszentrum stattfinden. Ein weiteres Vorbereitungstreffen sei am Montag, den 19.05.2014 um 15.00 Uhr geplant.

6. Aktuelles aus dem Quartier

Flüchtlingsunterkünfte in Wilhelmsburg

Frau Hellenbach erläutert, dass Hamburg wie andere Bundesländer auch die Verpflichtung übernommen habe, eine bestimmte Anzahl an Flüchtlingen aufzunehmen. Da die vorhandenen Flüchtlingsunterkünfte belegt seien, werde nach weiteren Flächen für eine temporäre Unterbringung gesucht. Alle Bezirke seien aufgerufen, sich an der Suche zu beteiligen. Wie bereits in einer früheren Beiratssitzung angemerkt, werde die BASFI in Wilhelmsburg eine Fläche am Kurdamm für die temporäre Unterbringung von Kriegsflüchtlingen nutzen. Inzwischen werde geprüft, auch die städtischen Flächen westlich der Sanitasstraße 16-18 und östlich des Grundstücks des Kunst- und Kreativzentrums für Flüchtlingsunterkünfte zu verwenden. Es handele sich hierbei um erste, nicht konkretisierte Planungen.

Frau Kiesewetter bemerkt eine negative Stimmung unter den Anwohnern und eine generelle Unruhe im Stadtteil. Es häuften sich die Problematiken. Vorwiegend junge deutsche Familien und Mieter mit einem höheren Bildungshintergrund würden den Stadtteil aufgrund von Verschmutzungen, Konflikten im Zusammenleben und der Verkehrsproblematik verlassen. Hier seien bereits ganze Straßenabschnitte als problematisch anzusehen. Vor diesem Hintergrund stellt Frau Kiesewetter die Frage der Sinnhaftigkeit der Beendigung des Sanierungsverfahrens Südliches Reiherstiegviertel im Jahr 2015. Auch gewerbliche nachteilige Entwicklungen seien feststellbar: die Inhaber von drei Gastronomie- bzw. Einzelhandelsbetrieben würden Nachfolger suchen. Im Stadtteil müsse gegengesteuert werden. In einer solchen Situation sei es schwierig, Flüchtlingsunterkünfte im Bereich der Sanitasstraße einzurichten und den Stadtteil weiter zu beeinträchtigen. Grundsätzlich sei Frau Kiesewetter für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen in Hamburg und gegen eine rigide Abschiebep Praxis.

Herr Flecke stimmt dem Standort der Flüchtlingsunterkünfte im Bereich Sanitasstraße nur dann zu, wenn bei der Suche nach möglichen Standorten alle Stadtteile gleichberechtigt behandelt werden. Wilhelmsburg sei ein Stadtteil, der bereits sehr mit sozialen Problemlagen belastet sei. Insgesamt bewerte er den Bereich der Sanitasstraße von der Nationalitätenzusammensetzung als zu geballt und daher ungünstig. Ein besserer Standort wäre die Dratelnstraße.

Herr v. Prondzinski merkt an, dass in Wilhelmsburg Flüchtlinge im Vergleich zu anderen Stadtteilen verhältnismäßig gut aufgenommen würden, wie dieses z. B. im Umgang mit den geplanten Unterkünften am Kurdamm zu sehen sei. Bedenklich sei jedoch, dass die Flächen nur deshalb leer stünden, weil es sich um Altlastenflächen handele. Es stelle sich die Frage, ob hier aufgrund der Bodenbelastungen überhaupt Menschen untergebracht werden könnten. Zu begrüßen sei ein Standort in einer zentralen Lage, um die Flüchtlinge nicht zu isolieren.

Herr Siebert erwidert hierzu, dass bei einer Neubebauung der Grundstücke generell der Boden auf Altlasten und Kampfmittel untersucht werden müsste.

Für Herrn Marschall sei bei der Frage der Unterbringung von Flüchtlingen die Anzahl entscheidend. Eine begrenzte, überschaubare Anzahl halte er an dem Standort für vertretbar.

Herr Schenk spricht sich für die Unterbringung der Flüchtlinge im Bereich der Sanitasstraße aus. Es sei ein Zeichen der christlichen Nächstenliebe, sich in Not befindende Menschen aufzunehmen. Wilhelmsburg habe eine lange Tradition, Menschen zu integrieren. Der Stadtteil sollte mit einem guten Beispiel vorangehen, andere hier ansässige Einrichtungen hierfür einbinden und sich für eine Unterbringung vor Ort entscheiden. Die Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg beabsichtige im Falle der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in der Sanitasstraße Patenschaften einzugehen und sich daran zu beteiligen, Möglichkeiten zur Integration zu schaffen. Er regt an, Kirchengemeinden und Moscheen einzuladen, um gemeinsam einen Beitrag zu leisten, den ankommenden Menschen zu helfen.

Herr Geißler spricht sich gegen den vorgeschlagenen Standort für Flüchtlingsunterkünfte aus. Alternativ sei der Standort an der Dratelnstraße im Bereich der ehemaligen IBA-Parkplätze zu prüfen. Hier habe es bereits einmal Flüchtlingsunterkünfte gegeben.

Herr Ring plädiert dafür, die Hilfsbereitschaft nicht zu überfordern. Wichtig sei, dass dem Stadtteil ausreichend Hilfestellungen zur Verfügung stehen, die die Flüchtlinge und den Stadtteil bei der

Integration unterstützen. Herr Ring empfiehlt, keinen Standort außerhalb des Sanierungsgebietes zu empfehlen, da hierdurch die Außenwahrnehmung entstehe „Nur nicht bei uns“. Es sollten mehrere Standorte geprüft werden, auch im Sanierungsgebiet, die nicht abseits gelegen sein sollten.

Herr Bölckow macht darauf aufmerksam, dass es sich bei der Containerunterbringung um beengte Räume handele, sodass die Bewohner darauf angewiesen seien, sich viel im Außenbereich aufzuhalten. Hierfür seien am Standort Sanitasstraße nur im begrenzten Umfang Außenaufenthaltsmöglichkeiten vorhanden, sodass andere Flächen, wie der Sanitaspark, stärker genutzt werden würden. Außerdem sei der Standort durch die vielen Wegeverbindungen ein vielfrequenter Bereich, der die Privatsphäre der Flüchtlinge einschränke.

Herr Eich merkt an, dass die Stadt Hamburg Eigentümer von 140 Firmen sei. Es sollte geprüft werden, ob eine Unterbringung von Flüchtlingen auf diesen Grundstücken möglich ist. Bei einer Standortwahl im Bereich der Sanitasstraße wäre es aus seiner Sicht wünschenswert, wenn Flüchtlinge auch eine sinnvolle Arbeitsmöglichkeit erhalten. Hierfür würde sich der städtische Gewerbehof Am Veringhof 9 anbieten, in dem Leerstände vorhanden seien.

Frau Arp vom Interkulturellen Garten spricht sich für eine Beschränkung der Flüchtlingsaufnahme an diesem Standort aus. Der Interkulturelle Garten habe bereits bei den geplanten Unterkünften am Kurdamm seine Unterstützung zugesagt und werde dies auch für andere Standorte tun.

Herr Lübke gibt zu bedenken, dass mit den Flüchtlingen auch schulpflichtige Kinder in den Stadtteil kämen. Hierauf müssten die Schulen vorbereitet sein. Insgesamt würden in ganz Hamburg Hunderte von Grundstücken nach der Eignung von Flüchtlingsunterkünften geprüft. Jedem Standort müsste auch eine Baugenehmigung folgen, die den politischen Gremien vorgelegt werde, was einen gewissen Vorlauf benötigt. Herr Eich äußert bzgl. der Schulen, dass er eine Runde der Schulleiter moderiere und hier die erwartete Zunahme der Schülerzahlen durch bulgarische Zuwanderung und Flüchtlinge ansprechen werde. Eine Unterstützung der Schulen könnte nur durch eine Erweiterung der finanziellen Ressourcen bewerkstelligt werden. Insgesamt müsste in Wilhelmsburg die Frage gestellt werden, wie der angestrebte Wohnungsneubau dem Schulbau gerecht werden kann.

Herr Schaller stimmt Flüchtlingsunterkünften im Bereich der Sanitasstraße zu, wenn die Zahl der aufzunehmenden Personen begrenzt ist. Die Dratelnstraße als Alternativstandort lehnt er wegen der isolierten Lage ab. Vorstellbar wäre aus seiner Sicht auch eine Unterbringung in den leer stehenden Räumen des Gewerbehofes Am Veringhof. Herr Siebert erwidert hierauf, dass diese nur für eine gewerbliche Nutzung vorgesehen seien.

Ein Gast macht auf die Notwendigkeit der Betreuung der Flüchtlinge aufmerksam. In der geplanten Unterkunft am Kurdamm käme auf 150 Asylbewerber verschiedenster Nationen eine Person zur Betreuung. Dieses sei nicht ausreichend. In der Sanitasstraße stelle sich das Problem der mangelnden Außenflächen für die Menschen.

Frau Lindemann bekräftigt die erwähnte Problematik für die Schulen. Sie wünscht sich eine rechtzeitige Einbeziehung des Beirats in die weiteren Planungen. Es sei erforderlich, mit der BASFI zu kommunizieren und die problematischen Aspekte und offenen Fragen anzusprechen.

Der Beirat spricht sich für folgenden Beschluss aus:

Wilhelmsburg ist ein Stadtteil, in der sich eine Willkommenskultur entwickelt hat und der bereits eine große Integrationsleistung vollbringt. Gleichzeitig sind trotz der Bemühungen der letzten Jahre im Stadtteil und insbesondere im Reiherstiegviertel nach wie vor erhebliche soziale Problem- und Schief lagen erkennbar. Der Beirat spricht sich angesichts der Prüfung der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften im Bereich östlich des Kunst- und Kreativzentrums und westlich der Sanitasstraße dafür aus, die genaueren Pläne durch die BASFI vorgestellt zu bekommen. Der Beirat formuliert vorab die folgenden begleitenden Bedingungen, die mit der Prüfung und ggf. Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft einhergehen müssen:

- *Begrenzung auf eine gemeinsam zu definierende Anzahl an (Kriegs-) Flüchtlingen, um eine Überforderung der Nachbarschaften zu vermeiden.*
- *Begrenzung der Unterbringung auf diese Personengruppen.*
- *Bereitstellung von ausreichenden Freiflächen für Außenaufenthalte auf dem Grundstück zwischen der KünstlerCommunity und der Sanitasstraße.*

- *Vorstellung aller alternativen Flächen für Flüchtlingsunterkünfte im Sanierungsgebiet und im Stadtteil Wilhelmsburg einschließlich der Begründung für die Nichtauswahl. Vorstellung der Gesamtverteilung von Kriegsflüchtlings in der gesamten Stadt Hamburg, um beurteilen zu können, ob die Unterkünfte gleichberechtigt auf die Stadtteile verteilt sind.*
- *Sicherstellung der Integration der Flüchtlingskinder in den Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.*
- *Unterebreitung von sinnvollen Beschäftigungsangeboten für die untergebrachten Flüchtlinge in standortnahen Räumlichkeiten, wie z.B. in dem vom teilweisen Leerstand betroffenen städtischen Gewerbehof Am Veringhof 9.*
- *Förderung des Erwerbs von deutschen Sprachkenntnissen.*
- *Sicherstellung der psychologischen und sozialpädagogischen Betreuung der Flüchtlinge vor Ort.*

Der Sanierungsbeirat hat bei 12 stimmberechtigten Mitgliedern mit 12 Ja-Stimmen dem Beschluss zugestimmt.

Votum der Vertreter der Parteien: 2 Ja-Stimmen (CDU, DIE LINKE)

Votum der Gäste: 6 Ja-Stimmen, keine Gegenstimmen und 2 Enthaltungen

7. Sonstiges

Nachbesetzung der Stellvertreterposition des SB im VF-Vergabegremium

Mit dem Ausscheiden von Frau Gehlhar aus dem Sanierungsbeirat sei auch der Beiratssitz im Vergabegremium Geschäftsstraßenentwicklung nördliche Veringstraße vakant gewesen . Hier sei Herr Marschall nachgerückt, sodass ein Beiratsmitglied als Stellvertreter gesucht werde.

Auf Nachfrage meldet sich Frau Kieseewetter, für die Funktion der Stellvertretung kandidieren zu wollen.

Der Sanierungsbeirat hat bei 12 stimmberechtigten Mitgliedern mit 10 Ja-Stimmen, keinen Gegenstimmen und 2 Enthaltungen der Besetzung des Stellvertreters des Beiratsmitglieds im Vergabegremium Geschäftsstraßenentwicklung nördliche Veringstraße mit Frau Kieseewetter zugestimmt.

Votum der Vertreter der Parteien: 2 Ja-Stimmen (CDU, DIE LINKE)

Klärung der Moderation der Beiratssitzung im Juni (26.06.2014)

Da für die Beiratssitzung am 26.06.2014 sowohl Frau Lindemann als auch Herr Pattschull nicht anwesend sind, muss noch die Moderation der entsprechenden Beiratssitzung geklärt werden.

Schlusswort

Herr v. Prondzinski äußert, dass er hinsichtlich der Themen und über das ethische Niveau der Sitzung positiv überrascht gewesen sei.

Nächste Beiratssitzung:

Der Sanierungsbeirat wird sich am **22. Mai 2014 um 18:00 Uhr** zu seiner 76. Sitzung in der Tagstätte der AWO, Rotenhäuser Wettern 5, einfinden.

Protokoll:

Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH
Arno Siebert, Jörg Penning

genehmigt von
Angela Hellenbach

M/SL 43 – Fachamt Stadt- u. Landschaftsplanung

Protokollanhang

TeilnehmerInnen der 75. Beiratssitzung am 24.04.2014

Für den Sanierungsbeirat

Herr Beyer	Mitglied, CDU
Herr Bölckow	Mitglied, GRÜNE
Herr Flecke	Mitglied, IG Reiherstieg
Herr Günaytekin	Mitglied, Muradiye Moschee
Herr Kaya	Mitglied, Gewerbetreibender
Herr Kazanci	Mitglied, SPD
Frau Kiesewetter	Mitglied, Bewohnervertreterin
Frau Lindemann	Mitglied, Grundeigentümerin
Herr Marschall	Mitglied, Bewohnervertreter
Herr Niehuis	Mitglied, Gewerbetreibender
Frau Kaschny	Stellvertretendes Mitglied, AWO
Herr v. Prondzinski	Mitglied, DIE LINKE
Herr Ring	Stellvertretendes Mitglied, ProQuartier / SAGA GWG
Herr Schaller	Mitglied, Freie Schule Hamburg e.V.
Herr Schenk	Mitglied, AIW e.V.
Frau Ziebowitz	Mitglied, Nordelbe

anwesend	
von TOP	bis TOP
2	7
1	5
1	7
1	7
-	-
-	-
1	7
1	7
1	7
1	5
1	7
1	7
1	7
2	7
2	7

Für das Bezirksamt Hamburg-Mitte / FA Stadt- und Landschaftsplanung

Frau Hellenbach

Für den Sanierungsträger

Herr Penning
Herr Siebert

Gäste

Frau Arp	Interkultureller Garten
Frau Daiber	
Frau Dannenberg	
Frau Dergel	
Frau Dieckmeyer	Stellvertretendes SB-Mitglied*, Bewohnervertreterin
Herr Dillmann	
Herr Eich	Stadtteilschule Wilhelmsburg
Frau Friese	BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH
Herr Geißler	SB-Mitglied*, Bewohnervertreter
Frau Gernert	HCU, Universität der Nachbarschaften
Frau Haller	
Herr Häusler	Stadtteilschule Wilhelmsburg
Herr Henatsch	Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg e.V.
Frau Klein	Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel
Herr Klein	Waldorfschulinitiative Wilhelmsburg
Frau Kuegah	BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH
Frau Leiste	Waldorfschulinitiative Wilhelmsburg
Herr Lübke	Bezirksversammlung Hamburg-Mitte
Frau Momic	
Herr Reyes Loredo	
Frau Stello	Nachbarschaftstreff westend, hoffnungsorte hamburg
Herr Timmermann	
Herr Webs	
Herr Winter	Arbeit und Leben Hamburg e.V., Beratungsstelle Arbeitnehmerfreizügigkeit
Herr Winter	Bezirksamt Hamburg-Mitte, Bezirkssportreferat
Herr Ziegler	EDEKA Ziegler
Herr Zwanzleitner	

* Bestätigung durch den Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte noch nicht erfolgt.